

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pöbn d

Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB zieht
Schlußfolgerungen aus den
niedersächsischen Landtags-
wahlen: Wir werden den Kurs
weiter verstärken.

Seite 1

Günter Verheugen MdB for-
dert die Bundesregierung auf,
die Unterstützung für das
Apartheid-Regime in Südafri-
ka endlich aufzugeben: Nicht
länger schuldig werden.

Seite 3

Katrij. Fuchs MdB setzt sich
mit Äußerungen des US-Bot-
schafers in Bonn zur SALT-
II-Aufkündigung auseinan-
der: Wir bestimmen selbst,
was uns etwas angeht.

Seite 5

41. Jahrgang / 111

16. Juni 1986

Wir werden den Kurs weiter verstärken

Schlußfolgerungen aus der niedersächsischen Landtagswahl

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Wir hätten Ernst Albrecht gerne durch Gerhard Schröder als Ministerpräsidenten abgelöst. Dieses ehrgeizige Ziel haben wir nicht erreicht. Die Wahlen in Niedersachsen bestätigen aber völlig eindeutig: Bei allen Wahlen seit der Bundestagswahl 1983 haben die Bonner Regierungsparteien für ihre Politik der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft eine Quittung erhalten, die Sozialdemokraten haben deutlich zugelegt. Geißler hält die niedersächsische Landtagswahl für eine „Kurswahl“; der Kurs heißt: große Gewinne für die SPD, große Verluste für die CDU. Diesen Kurs wollen wir im Laufe des Jahres 1986 weiter verstärken.

Das CDU-Ergebnis ist das schlechteste dieser Partei seit 1967.

Die FDP ist in Niedersachsen schon seit jeher strukturell schwach. Bei dieser Landtagswahl hat sie erst in der Schlußphase dieses Wahlkampfes den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde geschafft.

Die Partei „Die Grünen“ hat sich entgegen allen Erwartungen in einer für sie emotional scheinbar günstigen Situation kaum verbessert.

Fazit: Die SPD ist die einzige Partei, die deutlich gewonnen hat, alle anderen Parteien stagnieren oder mußten (wie die CDU) starke Verluste hinnehmen.

Der Stimmenabstand zwischen CDU und FDP einerseits und den übrigen Parteien andererseits beträgt rund 47.000 Stimmen. Das heißt: Wenn 47.000 von den 1,3 Millionen Nichtwählern SPD gewählt hätten, dann hätte es gereicht. Oder: Wenn 24.000 von den 2,17 Millionen CDU- und FDP-Wählern sich für die SPD entschieden hätten, dann hätte es auch gereicht. Ernst Albrecht hat die Chance, Ministerpräsident der wackeligsten niedersächsischen Landesregierung zu werden, die denkbar ist.

Im übrigen: Beide kleinen Parteien haben sich wieder einmal in eine Zone des Überlebenskampfes hineinmanövriert.

In der Wahlnacht wurde von CDU-Politikern der Versuch unternommen, das Landtagswahlergebnis in Niedersachsen mit der letzten Bundestagswahl in diesem Land zu vergleichen und daraus Prognosen für die kommende Bundestagswahl hochzurechnen. Dahinter verbirgt sich eine Sprachregelung mit massiver Fälschungsabsicht

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos Übergang
zu wertvollem Ersatzpapier
für edle Papier



Wie jeder weiß, die Wählerinnen und Wähler unterscheiden bei ihrer Stimmabgabe zwischen einer Landtags- und Bundestagswahl. Dies läßt sich durch Umfragen nachweisen, bei denen in Niedersachsen gleichzeitig nach der Bundestagswahl- und der Landtagswahlabsicht gefragt wurde. Dabei zeigt sich schon über Jahre hinweg ein struktureller Trend, demzufolge die SPD bei der Bundestagswahlabsicht um drei bis vier Prozentpunkte höher als bei der Landtagswahlabsicht lag und die CDU um drei bis vier Prozentpunkte niedriger. Der einzige, der diese schlichte Tatsache anzusprechen wagte, war der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß.

Von einer Ausnahme (Diepholz) abgesehen, hat die CDU in allen Wahlkreisen mit hohem Anteil der Landwirtschaft überdurchschnittlich verloren und die SPD überdurchschnittlich gewonnen. Hier gab es offenkundig direkte Wählerabwanderungen von der CDU zur SPD. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist nicht so stark, daß sich die Verlagerung der Gewichte zwischen den großen Parteien aus einer Wahlenthaltung von CDU-Landwirten allein erklären ließe.

Überhaupt ist festzustellen: Die CDU gibt direkt Wählerinnen und Wähler an die SPD ab. Die SPD hätte noch stärker zugelegt, wenn es nicht in der emotionalen Situation nach Tschernobyl Fluktuationen zugunsten der Partei die „Grünen“ gegeben hätte.

Kurz vor der Wahl hat die Union im trauten Verein mit konservativen Presseorganen den systematischen Versuch einer Irreführung der Wähler gemacht. Zu diesem Versuch hat das Meinungsforschungsinstitut EMNID beigetragen, das die von keinem anderen Institut gedeckte Behauptung aufstellte, die SPD sei bei 38 Prozent. Damit sollte noch einmal ein Mitläufereffekt für die Union (als möglichen Wahlsieger) erzeugt werden. Solche Methoden richten sich selbst.

Die massive Rot-Grün-Kampagne der CDU hat die Grünen gestärkt, gleichzeitig aber auch Kohl noch einmal über die Runden gerettet.

Die CDU versuchte, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß der Reaktorunfall in Tschernobyl ihre Situation verschlechtert habe. Davon kann keine Rede sein. Tschernobyl hat die weitverbreitete Unzufriedenheit mit Kohl und Albrecht überlagert und es der CDU ermöglicht, ihre Pannen, sozialen Ungerechtigkeiten, arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen, personellen Fehlgriiffe vorübergehend in Vergessenheit geraten zu lassen.

Gleichzeitig hat Tschernobyl der CDU die Möglichkeit geboten, die von den Grünen genutzten Emotionen mit einer massiven Rot-Grünen-Kampagne zu beantworten. Mit der Behauptung eines beabsichtigten rot-grünen Bündnisses hat sie zugleich die Stimmengewinne der SPD begrenzt.

Die Partei „Die Grünen“ hat mit den unverantwortlichen Beschlüssen ihres Hannoveraner Bundesparteitag dieser CDU-Kampagne Vorschub geleistet. Auch die Gewaltakte von Chaoten in Brokdorf und Wackersdorf sind durch die CDU für ihren Wahlkampf ausgebeutet worden.

Die Folgerung für die Bundestagswahl ist klar: Die CDU kann nur durch eine klare SPD-Mehrheit abgelöst werden.

Nachdem es in der Niedersachsen-Wahl nicht gelungen ist, die Mehrheit der Union im Bundesrat zu brechen, geht es nun um die Ablösung der Regierung Kohl in der Bundestagswahl 1987.

Wir machen uns keine Illusionen: Der deutliche Trend zur SPD und gegen die Union, der starke Wählerzuwachs für die Sozialdemokraten in den Landtags- und Kommunalwahlen 1985 und 1986 muß noch einmal verstärkt werden, um Johannes Rau im Jahr 1987 zum Bundeskanzler zu machen.

Das bedeutet vor allem, daß wir uns in der friedens- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, zum Beispiel in den Landtagswahlen von Bayern, Hamburg und im Bundestagswahlkampf, auf die Union konzentrieren werden.

Der Wahlausgang in Niedersachsen macht auch für den letzten Zweifler deutlich: Die konservative Regierung Kohl kann nur durch eine SPD-Mehrheit unter Johannes Rau abgelöst werden, im Bund ist jede Stimme für die Partei „Die Grünen“ eine Stimme für den Machterhalt der Konservativen. (-/16.6.1986/vs/rs)

Südafrika - 16. Juni

Die Bundesrepublik darf nicht länger am Verbrechen der Apartheid mitschuldig werden

Von Günter Verheugen MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der 16. Juni 1986 kann für Südafrika ein ebenso historisches Datum werden wie der 16. Juni 1976 es bereits ist. Damals vor zehn Jahren fanden beim sogenannten Massaker von Soweto fast 600 junge Menschen den Tod - erschossen von einer blindwütigen Polizei. Dieser Tag ist in der Bevölkerungsmehrheit niemals vergessen worden, und es war klar, daß der zehnte Jahrestag Anlaß zu zahlreichen, gegen die Apartheid gerichteten Aktionen sein würde.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Land wenige Tage vor dem 16. Juni und die damit verbundenen Verhaftungen von mehr als 2.000 Wortführern der Opposition in Südafrika, zeigen deutlicher als alle an das Ausland gerichteten Beschwichtigungsversuche Bothas und alle verharmlosenden Lagebeurteilungen der Bonner Koalition, wo Südafrika wirklich steht.

Die Regierung der weißen Minderheit hat kein politisches Konzept mehr. Schwäche und Angst diktieren ihr Handeln. Der Vergleich mit der klassischen Tragödie drängt sich auf - Antigone, wo die Revolution dadurch provoziert wird, daß die Herrschenden dem Volk die Trauer um ihre Toten verboten hatten.

Die Regierung Botha hat - wieder einmal - das getan, was der Buren-Präsident seinem Besucher Willy Brandt im April bereits entgegengeschleudert hatte, nämlich daß er den gerade erst aufgehobenen Ausnahmezustand jederzeit wieder verhängen werde, falls es nötig sei. Ebenso hart hatte er in demselben Gespräch schon die militärischen Angriffe auf benachbarte Länder angedroht.

Mit anderen Worten: Während die weiße Regierung nach außen über Reformbereitschaft und friedlichen Wandel redete, bereitete sie sich in Wirklichkeit schon auf den Bürgerkrieg vor. Botha hat die weißen Südafrikaner auf dem Weg ins Verderben ein weites Stück vorangebracht. Man muß jetzt schon an Wunder glauben, um einen friedlichen Ausgleich noch für möglich halten zu können.

Botha glaubt, daß das weiße Südafrika militärisch und wirtschaftlich stark genug ist, um die Privilegienwirtschaft mit Gewalt fortführen zu können. Er glaubt das, weil er sich immer noch des Beistands seiner westlichen Hauptverbündeten USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland sicher wähnt. Das südafrikanische Regime ist immer noch stark verwundbar. Es ist auf Kapitalzufluß, auf Technologietransfer und auf Rohstoffexporte angewiesen. Solange dies alles funktioniert, nimmt die herrschende Schicht in Südafrika verbale Kraftakte à la Genscher oder Nadelstiche à la EG-Außenminister als das, was sie in Wirklichkeit auch sind: Manöver, die von der Tatsache ablenken sollen, daß allen dringenden Appellen der südafrikanischen Opposition zum Trotz das Geschäft weitergehen soll wie bisher.

Mit dieser Politik könnte es aber bald vorbei sein. Die Bundesregierung treibt in eine gefährliche Isolierung, weil sie sich immer noch weigert, dem Regime in Pretoria die Unterstützung zu entziehen. In den Vereinten Nationen und in der Dritten Welt hat das Ansehen der Bundesrepublik schon schwer gelitten - noch stehen die „reaktionären Drei“ USA, Großbritannien und die Bundesrepublik zusammen, aber wie lange noch? In den USA wächst - auch aus innenpolitischen Gründen - der Druck aus dem Kongreß auf den Präsidenten, der schon einmal Sanktionen gegen Südafrika verhängt und schärfere nicht ausgeschlossen hat. In Großbritannien zeichnet sich unter dem Einfluß der Commonwealth-Mitglieder vor dem Hintergrund der Sanktionsforderung auch der Frazer-Kommission ein Umfall der eisernen Lady ab. Die Bundesregierung könnte sehr schnell

sehr allein auf der ganzen Welt dastehen und dann erst recht den Zorn der Mehrheit in Südafrika auf sich ziehen.

Für die Bundesrepublik stehen inzwischen auch eigene Interessen auf dem Spiel - da die CDU/CSU-FDP-Koalition ihre eigenen Menschenrechtsproklamationen fallweise aus dem Gedächtnis verdrängen kann, hilft vielleicht der Hinweis auf die Tatsache, daß deutsche Staatsbürger, deutsche Einrichtungen und deutsche Unternehmen in Südafrika von den künftigen Kämpfen nicht unberührt bleiben werden, solange die Bevölkerungsmehrheit in Südafrika die Politik der Bundesregierung als gegen sich gerichtet ansieht.

Und das mit Recht. Die Bundesrepublik hilft Südafrika entscheidend bei dem Versuch, sich in allen strategisch wichtigen Bereichen vom Ausland unabhängig zu machen. Die Forderung nach Unterbrechungen beziehungsweise Beschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen zielt also in zwei Richtungen: Zum einen geht es darum, das System der Unterdrückung und Ausbeutung in Südafrika nicht länger zu stabilisieren, und so nicht länger an den Leiden der Menschen unter den Apartheid-Gesetzen mitschuldig zu sein, zum anderen geht es um die Wahrnehmung der letzten, vielleicht schwachen Chance, die Regierung in Südafrika zu der fundamentalen Änderung ihrer Politik zu bewegen, die allein einen friedlichen Wandel noch herbeiführen kann.

Es ist deshalb zu verlangen, daß sich die Bundesregierung in der EG und in den Vereinten Nationen für wirksame wirtschaftliche Maßnahmen gegen Südafrika einsetzt und unabhängig vom Erfolg dieser Bemühungen ihre nationalen Möglichkeiten ausschöpft. Es ist notwendig, das skandalöseste Kapitel in der deutschen Südafrika-Politik zu beenden, nämlich die gezielte und gewollte Mißachtung des UN-Rüstungsembargos gegen Südafrika. Da die Gesetzeslage oder zumindest deren Auslegung durch die Regierung Verstöße gegen die Intention des Embargos sogar legal möglich macht - zum Beispiel durch Export als zivil deklarierter Güter, die für die südafrikanischen Sicherheitseinrichtungen bestimmt sind, vor allem aber durch die Lieferung von Technologie und Maschinen für die südafrikanische Rüstungsindustrie ist ein Ausführungsgesetz zum UN-Rüstungsembargo notwendig, das alle Lücken schließt.

Die Bundesregierung verhandelt mit Pretoria über ein neues Kulturabkommen - Fluch der bösen Tat mit dem völkerrechtlichen Novum der Änderungskündigung. Diese Verhandlungen sind ein unnötiger Prestigegewinn für die Regierung Botha und gefährden außerdem wirkungsvolle Bildungsmaßnahmen zugunsten der Bevölkerungsmehrheit. Diese Maßnahmen stehen immer noch in einem krassen finanziellen Mißverhältnis zu den Aufwendungen für die deutschsprachigen weißen Eliteschulen in Südafrika. Die Förderung dieser Schulen muß eingestellt werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres tatsächlich mit der Rassenintegration beginnen, vor der sie noch bisher mit Hilfe eines unbrauchbaren Konzepts gedrückt haben. (16.6.1986/vo/rs)

* * *



Die US-Administration hat nicht zu bestimmen, was uns etwas angehen soll

Feststellungen zu Äußerungen des amerikanischen Botschafters in Bonn

Von Katrin Fuchs MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Im Zusammenhang mit der angekündigten einseitigen Aufkündigung der Respektierung von SALT II durch die Reagan-Regierung äußerte US-Botschafter Burt den bemerkenswerten Satz: „Die Vereinigten Staaten haben ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion nicht fundamental geändert.“ Dies ist die Behauptung von Kontinuität in der amerikanischen Politik; in Wirklichkeit geht es um einen doppelten Bruch. Zum einen geht es um einen Bruch der Rhetorik. Denn bisher wollte sich auch Reagan an die SALT II-Obergrenzen halten, jetzt nicht mehr.

Tiefer liegend ist der Bruch der Reagan-Administration mit der langjährigen Politik ihrer Vorgängerinnen. Ford bekannte sich in der Erklärung von Wladiwostok zu „gleicher und gleichwertiger Sicherheit“. Auf dieser Grundlage wurden SALT I und der ABM-Vertrag abgeschlossen und ratifiziert, SALT II abgeschlossen. Das soll jetzt nicht mehr gelten und es stellt sich die Frage, ob es für die Reagan-Regierung jemals gegolten hat. Reagan ist mit einem ausgewiesenen Anti-SALT-Programm ins Weiße Haus gewählt worden.

Die Planungen des Department of Energy und des Pentagon sehen seit Jahren vor, den Bestand amerikanischer Atomsprengköpfe von rund 13.000 im Jahre 1984 auf 17.000 im Jahre 1993 zu erhöhen. Dies legt seit langem den Verdacht nahe, daß die amerikanische Regierung ihr verbales Bekenntnis zu SALT II nur solange aufrecht erhält, wie dies nicht mit der geplanten Aufstockung der atomaren Offensivwaffen in Konflikt gerät. Dieser Punkt ist jetzt erreicht und wer für SALT II ist, stellt sich für Staatssekretär Perle „auf die Seite der Sowjets“, wie dies der Auswärtige Ausschuß des US-Repräsentantenhauses mit einem Stimmresultat von 29 : 11 soeben getan hat.

Die Reagan-Regierung hat ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion tatsächlich niemals fundamental geändert. Sie steht damit in ihrer eigenen Kontinuität, die militärische Überlegenheit will. Dies aber



ist eine Kontinuität, die Europas Interessen diametral entgegenläuft. Aus Burts Sicht geht uns das alles gar nichts an: „Strenggenommen hat die Allianz (mit SALT II) genauso wenig zu tun wie mit der Libyen-Aktion.“ Was uns etwas anging, waren der NATO-Beschluß und die Raketenstationierung. Dessen „Geschäftsgrundlage“ aber war und ist SALT II. SALT II aber soll uns nichts mehr angehen dürfen. Wozu tagte eigentlich die Außenministerkonferenz in Halifax? Libyen geht uns auch nichts an. Was uns angehen soll, ist „mehr operative Flexibilität“ für die US-Truppen in Europa bezüglich Libyen und anderer Orte.

Was uns etwas angehen und was uns nichts angehen soll, folgt bei Burt einer einfachen Logik: Bei Rüstungskontrolle und Abrüstung haben die „Verbündeten“ nichts zu sagen. Das regelt die US-Regierung selbst mit den bekannten Ergebnissen. Bei der Rüstung und Stationierung neuer Waffen jedoch haben die Westeuropäer gefälligst alles zu vollziehen, was die amerikanische Regierung fordert: Raketen, Anti-Raketen, chemische Waffen, Neutronenwaffen, Unterstützung militärischer Abenteuer der USA in der Dritten Welt.

Johannes Rau hat kürzlich vor einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung unmißverständlich klargestellt, daß sich der Mißbrauch amerikanischer Truppen von deutschem Boden aus für Aktionen außerhalb des NATO-Gebietes nicht wiederholen darf. Es liegt im vitalen Interessen der Bundesrepublik, jede solche Aktion zu verhindern ebenso wie jede Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der NATO.

Die Bundesregierung ist in einer Mentalität vorausseilenden Gehorsams bisher jeder amerikanischen Zumutung zuvorgekommen. Dabei hat sie die Öffentlichkeit getäuscht und deutsche Interessen schwer geschädigt. Diese Politik bringt die Bundesrepublik zunehmend in Gefahr. Was wir brauchen ist eine Politik, die uns aus der immer bedrohlicher werdenden Gefahrenzone herausmanövriert, die immer unkalkulierbarere Abenteuer dieser US-Regierung auch für unser Land bedeuten. Was wir brauchen, ist eine eigenständige europäische Abrüstungs- und Entspannungspolitik, die sich nicht erpressen läßt.

(-/16.6.1986/va/rs)

* * *